

## POLEN

# Jedes Jahr an die Gemeinnützigen denken

Polnische Bürger können ganz einfach ein Prozent ihrer jährlichen Einkommensteuer an eine gemeinnützige Organisation ihrer Wahl übertragen. So entscheiden sie, was mit einem Teil ihrer Abgaben passiert. Der Löwenanteil hilft bedürftigen Personen.

**D**orota Wójcik ist gerade 24 Jahre alt, da wird bei ihr Brustkrebs diagnostiziert. Die Ärzte raten ihr zur Amputation der linken Brust, da der Krebs extrem aggressiv ist und sich im ganzen Körper auszubreiten droht. Vier Tage später wacht sie aus der Narkose auf. Mit einer Brust weniger und dem Gefühl, keine richtige Frau mehr zu sein. Obwohl die Operation ihr das Leben gerettet hat, kann sie sich nicht freuen.

Heute – sechs Jahre später – geht es Dorota wieder gut, wie sie sagt. Dazu beigetragen habe die Stiftung Alivia, die Krebspatienten in Polen unterstützt. Die Stiftung kann solche Hilfe leisten, weil sie zu jenen gehört, die von der zweckgebundenen Widmung von Steueranteilen profitieren – in Polen auch Ein-Prozent-Mechanismus oder einfach nur „ein Prozent“ genannt. Das geht so: Der Steuerzahler kann ein Prozent seiner Einkommensteuer umwidmen und entscheidet selbst darüber, welcher

gemeinnützigen Organisation das Finanzamt das Geld überweisen soll. Dafür muss er nur eine Nummer auf seiner Steuererklärung angeben.

Häufig wird das System auch als Ein-Prozent-Philanthropie bezeichnet. Dabei ist der Begriff „Philanthropie“ irreführend, denn es werden keine privaten Mittel aufgewendet, sondern Geld, das ohnehin als Einkommensteuer gezahlt werden muss. Vergleichbare Systeme gibt es in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas: Etwa in Ungarn, Rumänien, der Slowakei und seit 2017 auch in Moldavien. In der Slowakei etwa kann man zwei Prozent seiner Steuer einer gemeinnützigen Organisation widmen und, wenn man sich im Vorjahr freiwillig engagiert hat, sogar drei Prozent. In den meisten dieser Länder wurde das System in den Neunziger- oder den frühen Nuller-Jahren eingeführt, um nach dem Ende des Kommunismus die Bürgergesellschaft zu stärken.

Für die Stiftung Alivia und die Krebspatienten, die von ihr profitieren,

ist der Ein-Prozent-Mechanismus ein Segen. „Er ermöglicht es uns, überhaupt zu existieren“, sagt Wojciech Wiśniewski, der Pressesprecher der Stiftung. Andere Mittel etwa von der EU seien immer an konkrete Projekte gebunden. Für das Tagesgeschäft, die alltägliche Hilfe für die Patienten, sei es dagegen schwieriger, Gelder zu bekommen. 2016 brachte der Ein-Prozent-Mechanismus Alivia Knapp drei Millionen Zloty ein (etwa 700.000 Euro). Insgesamt ist die Summe, die in Polen durch „Ein Prozent“ zusammenkommt, stetig gestiegen, seitdem 2004 die rechtlichen Grundlagen geschaffen wurden: 2017 waren es 660 Millionen Zloty (etwa 153 Millionen Euro). Rund die Hälfte der Polen hatte in der Steuererklärung eine gemeinnützige Organisation angegeben, der sie ein Prozent ihrer Steuer des Jahres 2016 zukommen lassen wollten.

### Subkonto bei der Stiftung

20.000 Zloty (4.700 Euro) brauchte Dorota Wójcik, um sich mit ihrem



Stiftung Alivia, Vorstellung des Jahresreports. Die Stiftung reicht umgewidmete Steuergelder an Krebspatienten weiter.

Körper wieder wohl zu fühlen. Für die junge Buchhalterin viel Geld. Eine Rekonstruktion der Brust wird zwar in Polen von der öffentlichen Krankenkasse bezahlt, doch arbeiten die Spezialisten auf diesem Fachgebiet in der Regel nicht für die staatlichen Krankenhäuser. Nach der ersten Operation war Dorota todunglücklich: „Es sah aus, als hätte man mir einen Tennisball unter die Haut genäht“, sagt sie. Doch Geld für einen weiteren Eingriff hatte sie nicht – bis sie auf Alivia traf. Dort wurde ihr ein Subkonto eingerichtet. Nun hatte jeder Steuerzahler die Möglichkeit, ein Prozent seiner Steuer für die Rekonstruktion von Dorotas Brust umzuwidmen. So gelangte die benötigte Summe über Alivia zu ihr.

Der Fall von Dorota Wójcik – Hilfe für ein ästhetisches Problem – ist insofern eine Ausnahme als die Stiftung in den meisten Fällen Krebskranken hilft, die beste Therapie zu bekommen. Denn die besten, modernsten Medikamente werden oft nicht von der staatlichen Krankenkasse bezahlt. So wie Alivia ergänzen viele gemeinnützige Organisationen in Polen das marode Gesundheitssystem. Mit Abstand das meiste Geld

fließt dabei an Organisationen, die wie Alivia als Vermittler auftreten und Subkonten für bedürftige Privatpersonen einrichten. Direkt an die Bedürftigen dürfen die umgewidmeten Steuern nicht gehen, sondern nur an als gemeinnützig anerkannte Organisationen.

### Zuwendungen ungleich verteilt

Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich mit Politik, Kultur oder Sport beschäftigen, werden seltener von den Steuerzahlern als Wunschempänger genannt, weil sie kaum mit den emotionalen Aufrufen der Hilfsorganisationen konkurrieren können. So gingen 2017 alleine über 20 Prozent der Mittel – 150 Millionen Zloty (47 Millionen Euro) der 660 Millionen Zloty – an die Organisation „Zdążyć z Pomocą“, die Geld für schwerkranke und behinderte Kinder sammelt. Bei der Mehrheit der 9.000 registrierten Organisationen kommt dagegen kaum etwas an. Der Soziologe und NGO-Experte Jakub Wygnański sieht darin ein großes Problem. „Ein Prozent“ sei ursprünglich dafür gedacht gewesen, um NGOs zu stärken, die der Regierung auf die Finger schauen sollten. Durch ihn sollte auch vermieden werden, dass diese auf Finanzierung aus

dem Ausland angewiesen wären. Nun geht der Löwenanteil aber an bedürftige Privatpersonen.

„Der Ein-Prozent-Mechanismus subventioniert das unzureichende Sozial- und Gesundheitssystem“, sagt Wygnański. Für die Bedürftigen müsse ein besseres und gerechteres Sozialsystem geschaffen werden. Solange der Steuerzahler zwischen einer Operation für ein todkrankes

„Wir werden immer mehr gebraucht“

Wojciech Wiśniewski, Alivia



Kind und Geld für eine demokratiefördernde NGO entscheiden müsse, habe die NGO kaum Chancen. Dazu sagt Alivia-Sprecher Wiśniewski, dass auch er sich ein besseres Gesundheitswesen wünschen würde, aber: „Es ist so, wie es ist. Wir werden immer mehr gebraucht. Der Staat macht viel zu wenig.“

Wygnański kritisiert auch, das System habe echte Philanthropie nicht gestärkt, sondern im Gegen-



Dorota Wójcik konnte mit Hilfe der Ein-Prozent-Philanthropie eine Operation bezahlen

► teil geschwächt. „Die Leute haben das Gefühl, dass sie durch ‚ein Prozent‘ schon etwas Gutes getan haben. Deswegen wollen sie nicht mehr spenden. Dabei hätten sie diese Steuern ja sowieso bezahlen müssen“, sagt er. Allerdings hat der polnische Staat Anreize für wirkliche Philanthropie mit der Einführung von „ein Prozent“ nicht gemindert – nach wie vor kann jeder Bürger durch Spenden seine Steuerlast senken.

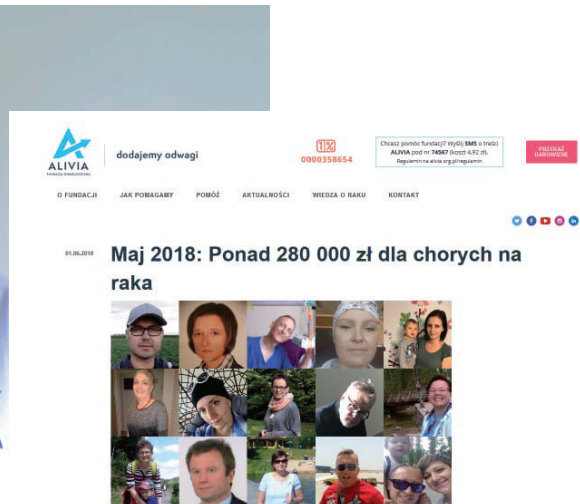
### Keine Kirchensteuer in Polen

Insgesamt hält der Soziologe das System aber für gut. Denn es sei besser, die Bürgerinnen und Bürger könnten selbst entscheiden, was mit ihren Steuergeldern passiere, als dass dies die Kirche, die Parteien oder Beamte für sie täten. In Polen gibt es keine Kirchensteuer. Außerdem würden die Bürger jedes Jahr, wenn sie die Steuererklärung ausfüllen, daran erinnert, dass es die gemeinnützigen Organisationen gebe. Das bringe die Bürger dazu, sich mit deren Tätigkeit auseinanderzusetzen.

Ob eine Organisation den Status einer gemeinnützigen Organisation (Organizacja Pozytku Publicznego, OPP) und damit das Recht auf „Ein Prozent“ zuerkannt bekommt, entscheidet in Polen ein Gericht. Es gibt klare Kriterien. Zum Beispiel muss die Organisation ihre gemeinnützige Tätigkeit zwei Jahre ausgeübt haben, bevor sie ein Recht auf die Steuergelder bekommt. Wer von „ein Prozent“ profitieren will, muss sich vom Staat auf die Finger schauen lassen und genaue Berichte über die Verwendung der Mittel und die Aktivitäten der Organisation erstellen. Dadurch werden die gemeinnützigen Organisationen zu Transparenz gezwungen.

Dorota Wójcik hat der Ein-Prozent-Mechanismus letztendlich ermöglicht, eine weitere Brustoperation machen zu lassen. Heute fühlt sie sich wieder wohl mit ihrem Körper. Jetzt engagiert sie sich selber bei Alivia, um Krebskranken zu helfen. □

✎ Jörg Winterbauer, Journalist in Warschau



Werbung mit hilfesusuchenden Patienten für die Umwidmung der Steuer

## Ein Prozent in Deutschland?

Die Umwidmung von Steuergeldern auch in Deutschland einzuführen, ist von der Aktiven Bürgerschaft in einem offenen Brief zur Bundestagswahl 2017 vorgeschlagen und auf dem Forum Aktive Bürgerschaft 2018 mit Wissenschaft und Politik diskutiert worden.

FOTO LINKE SEITE: privat; SCORENHOT: Ayse Gökmenoglu; FOTO RECHTES SEITE: Julia Gross/Aktive Bürgerschaft

## MEINUNG

# Teilhabe konkret

Ein Plädoyer für die Ein-Prozent-Philanthropie

von Stefan Nährlich



Die jährliche Einkommensteuererklärung ist eine Pflichtübung. Und nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig, sondern erzwungen und notwendig. Ohne Einfluss auf die Verwendung der Steuermittel. So empfinden wohl die meisten Steuerzahler. Mit dem Konzept der sogenannten Ein-Prozent-Philanthropie könnte der Staat daran etwas ändern. Wie in anderen europäischen Ländern würde dann ein Teil der Einkommensteuer nicht in den Staatshaushalt fließen, sondern an eine vom Bürger, vulgo Steuersubjekt, selbst gewählte gemeinnützige Organisation gehen. Auf dem Formular wird die Steuernummer des Vereins oder der Stiftung eingetragen und die Überweisung erfolgt anonymisiert durch die Finanzbehörden. Ein Stück konkreter Teilhabe.

Seit 20 Jahren gibt es dieses Konzept. In Deutschland nicht. Obwohl sich nach einer Ernid-Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen aus dem Jahr 2009 fast 70 Prozent der Deutschen vorstellen können, eine solche Möglichkeit zu nutzen. Liegt das nur daran, dass die Politik nicht will?

Kritiker befürchten, dass nicht alle Vereine und Stiftungen gleichermaßen davon profitieren würden, dass bekannte Organisationen und solche mit mehr Geld, hauptamtlichen Mitarbeitern und gefälligen Themen im Vorteil wären. Das Beispiel Polen zeigt, dass die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Außerdem erwarten manche einen Rückgang privater Spenden nach dem Motto, ich gebe ja schon einen Teil meiner Steuern. Tatsächlich aber sinkt die Zahl der Spender in Deutschland seit mehr als zehn Jahren, auch ohne Ein-Prozent-Philanthropie. Genauso gut könnte man daher auch belebende Effekte vermuten. Denn: Die Möglichkeit,

einen Teil der Steuer umzuwidmen, würde jedes Jahr ins Bewusstsein rücken, wie wichtig es ist, das Engagement der Vereine und Stiftungen in Deutschland finanziell zu unterstützen. Durch Steuermittel und durch Spenden.

Außerdem: Gespundet wird nicht nur aus reinem Altruismus, auch steuerliche Gründe spielen eine Rolle. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten gibt es bei der Ein-Prozent-Philanthropie jedoch nicht. Auch das spricht gegen einen befürchteten Rückgang bei privaten Spenden.

Der Nutzen dieses Konzeptes überwiegt meiner Meinung nach die Befürchtungen:

- Gemeinnützige Organisationen leben nicht von Ehre und Wohlwollen allein, schon gar nicht, wenn die Aufgaben immer weiter zunehmen. Rechnungen müssen bezahlt werden und da hilft Geld. Jährlich könnten durch die Ein-Prozent-Philanthropie eine Milliarde Euro oder mehr an zusätzlichen Finanzmitteln in den gemeinnützigen Bereich fließen.

- Bürokratie ist inzwischen ein Hauptproblem in vielen Vereinen und Stiftungen, auch und gerade im Bereich öffentlicher Fördermittel. Viele Ehrenamtliche klagen über unübersichtliche Fördertöpfe, komplizierte Antragsverfahren und einengende Zweckbindung. Die Ein-Prozent-Philanthropie kann ohne all das auskommen.

- Dass „die Politik“ die Bürgerinnen und Bürger nur bei Wahlen braucht, wird inzwischen bis tief in die Mitte der Gesellschaft so empfunden. Schlechendes Gift für jede Demokratie. Hier bietet sich eine Möglichkeit für echte und konkrete Bürgerbeteiligung mit einfachen Mitteln.

Liebe Abgeordnete des Deutschen Bundestages: Sie haben es in der Hand. Setzen Sie das Thema auf Ihre Agenda.

**Dr. Stefan Nährlich** ist Geschäftsführer der Stiftung Aktive Bürgerschaft.